

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatthaus“.

Erhalten-Gasse geöffnet von 8 Uhr morgens bis 4 Uhr abends.

Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7465.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

„Tagblatthaus“ Nr. 6054-55.

Von 8 Uhr morgens bis 4 Uhr abends, außer Sonntagen.

Postfach: Frankfurt a. M. Nr. 7465.

Bezugspreis: Vom Verlag bezogen: Mf. 19.50, durch die Ausgabestellen bezogen: Mf. 20.—, durch die Träger ins Haus gebracht Mf. 21.— monatlich. — Bezugsbestellungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabestellen, die Träger und alle Postanstalten. — In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder Erstattung des entsprechenden Entgelts.



Anzeigenpreis: Erstmalige Anzeigen Mf. 2.50, Finanz- und Bankzettel-Anzeigen Mf. 3.50, auswärts Anzeigen Mf. 3.50, zweite Anzeigen Mf. 2.—, auswärts Anzeigen Mf. 2.— für die einseitige Kolonisation oder deren Raum. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen entsprechende Nachlässe. — Schluss der Anzeigen-Aufnahme für beide Ausgaben: 19 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Verliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin SW. 61, Bückerstraße 12, Fernsprecher: Amt Marienplatz 15300.

Donnerstag, 20. April 1922.

Morgen-Ausgabe.

N. 183. • 70. Jahrgang.

Die neue Lage in Genua.

Br. Berlin, 19. April. (Eig. Drahtbericht.) Wie von ausländischer Seite aus Genua mitgeteilt wird, sind der deutsche Reichsminister Dr. Brüning und der deutsche Außenminister Dr. Rathenau heute vormittag mit den führenden Persönlichkeiten der Entente auf deren Wunsch in Genua getreten. Das scheint darauf hinzuweisen, daß man auf Seiten der Entente den Wunsch hat, zu einer stillen Lösung der kritischen Situation zu kommen. Heute morgen war eine Sitzung der Finanzkommission einberufen, an der auch die deutschen Vertreter teilzunehmen sollten, und zwar Reichsfinanzminister Dr. Hoesung und Staatssekretär Schröder mit den üblichen Sachverständigen. Die Sitzung mußte jedoch verschoben werden, da die Russen und Holländer infolge verärgelter Mitteilung nicht anwesend sein konnten. Aus dem gleichen Grunde mußte die Sitzung der Transportkommission ausfallen. Heute vormittag fand im Ober-Hotel die Besprechung der Entente-Delegationen über die Lage statt, wie sie durch die gestrige Überreichung der Note veranlaßt worden ist. Die für heute vormittag vorgesehene Sitzung der deutschen Sachverständigen mußte auf nachmittags verschoben werden, da der Vormittag mit Einzelbesprechungen ausgefüllt war. Staatssekretär von Simon nahm jedoch die Gelegenheit wahr, die deutschen Sachverständigen über die Lage zu informieren.

U. Genua, 19. April. (Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.) Die Note der Alliierten und der Kleinen Entente an Deutschland über den Ausschluss Deutschlands von den Verhandlungen mit Russland hat den in der Konferenz vorherrschenden Optimismus noch immer nicht zerstört. Auch die deutsche Delegation selbst hat keineswegs entmutigt. Es werden alle Vorbereitungen getroffen, um die durch einen Formfehler veranlaßte Entlassung wieder zu beheben und die Konferenz unter Teilnahme aller Staaten wieder in Genua zu bringen. Die Entlastung Lloyd Georges über eine Umkehrung hat sich allmählich gelegt, und die nähere Aufklärung der deutschen Delegierten über ihr Vorgehen konnte ihn vollständig beschwichtigen. Es hat sich herausgestellt, daß die von den deutsch-russischen Verhandlungen unterzeichneten Versionen des „Korrespondenz“-dem britischen Ministerpräsidenten nicht rechtlich davon Mitteilung machten. Auch besteht die Möglichkeit, daß die Alliierten keine Debatte über diesen Zwischenfall im Plenum aushalten, um weitere Verhandlungen zu vermeiden, die nur eine Verschleppung der Konferenz bedingen.

Scheitern Deutsch auf dem Wege nach Genua.

Br. Berlin, 19. April. (Eig. Drahtbericht.) Geheimrat Deutsch, der Vorsitzende des Direktoriums der A.E.G., wird sich heute morgen als Wirtschafts-sachverständiger der deutschen Delegation nach Genua begeben.

Das Konferenzbankett.

U. Genua, 19. April. (Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.) An dem allen auswärtigen Delegierten von dem Präsidenten der Facta im Königspalast gegebenen offiziellen Konferenzbankett nahmen trotz des Zwischenfalls sowohl die russischen als auch die deutschen Delegierten teil. Tschitscherin sah neben dem italienischen General Gonzaga mit dem er sich den ganzen Abend unterhielt. Dr. Brüning und Dr. Rathenau saßen unter den alliierten Ministern verteilt. Ausnahmsweise wurden keine Trinksprüche gewechselt.

Die englische Presse zum deutsch-russischen Abkommen.

W. T.-B. London, 19. April. (Drahtbericht.) Die Erörterungen über das deutsch-russische Abkommen nehmen in der englischen Presse weiterhin einen sehr breiten Raum ein.

Die „Westminster Gazette“ schreibt in einem Leitartikel: Die einfache Tatsache ist die, daß Deutschland und Russland zwei der führenden fünf europäischen Mächte seien und daß der Versuch, sie als Ausgestoßene zu behandeln, die nicht wert seien, eine andere als unbedeutende Rolle zu spielen bei dem Wiederaufbau Europas, wenn nicht mit einer Katastrophe, so doch wenigstens mit einer Enttäuschung enden würde. Es sei unklar und es sei immer unklar gewesen, daß Frankreich, Italien und Großbritannien erfolgreich und für lange Zeit die Rolle eines Diktators von Europa spielen könnten. Seit zwei Jahren sei es klar geworden, daß Deutschland und Russland zusammenkommen müßten, wenn sich die Alliierten nicht entschließen könnten, die Welt zu beherrschen und die Reparationsfrage in rationaler Weise zu bewerkstelligen. Im ganzen sei das deutsch-russische Abkommen zu begrüßen; es sei zwar eine Bombenerplosion für die Leute gewesen, die gehofft hätten, politisches Kapital aus der Karriere von Genua zu schlagen. Sie habe jedoch den Vorteil, daß sie allen die Furcht in Europa vor Augen führt. Es sei, vielleicht bewährlicher, daß die deutsche Regierung die Initiative vorweggenommen habe in einer Politik, die jede Regierung in Europa bald befolgen müßte. Aber welchen Fehler hat das? Lloyd George und seine französischen Kollegen hätten sich drei Jahren den Luxus gestattet, unmögliche Träume zu träumen. Ihre Politik der Sieger sei weniger unmoralisch als falsch gewesen. Sie hätten gehandelt in der Annahme, daß das Europa östlich des Rheins ihre Fehle entgegennehmen werde, und jetzt hätten sie den Folgen einer Weigerung gegenüber. Diese Bombenerplosion habe den Obersten Rat nicht zerstört. Sie habe jedoch die Alliierten Europas zur Vernunft gebracht und es bestehe keinerlei Grund, dies zu bedauern.

„Daily News“ erklären, abstrakt betrachtet, sei das deutsch-russische Abkommen nicht nur vernünftig und billig, sondern eine bedeutende und unvermeidliche Entwicklung unauflöslicher Tatsachen, ein notwendiger Schritt für den Wiederaufbau der beiden Länder, der für die Wohlfahrt der Welt unentbehrlich sei.

Beginnende Einsicht.

U. Genua, 19. April. (Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.) Es wird deutlich zu erkennen gegeben, daß man die deutschen Argumente sogar auf französischer Seite zu billigen beginnt. Man hat die gestrige Rede Rathenaus vor den englischen und amerikanischen Journalisten aufgegeben und ihr Beifall besetzt. Sie hat die deutsche Handelsmission menschlich begreiflich gemacht und die Zweideutigkeiten beseitigt. Der zu Unrecht erfolgte Ausschluss Deutschlands aus der Auslandskommission wird jetzt so offensichtlich ausgegeben, daß man daraus ohne weiteres erkennen kann, wie bereitwillig man ist, diesen Beschluß durch die Vollkommission oder die Vollkommission, in der Deutschland auch vertreten war, wieder revidieren zu lassen. Eine bedeutende Persönlichkeit der italienischen Delegation sagte: Wir hoffen aufrichtig, daß der ganze Zwischenfall nach heute abend oder morgen für beide Teile befriedigend gelöst werden kann.

U. Genua, 19. April. (Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.) Heute findet in Genua eine Besprechung mit einer hochstehenden italienischen Persönlichkeit statt, die den offiziellen Auftrag hat, über die letzten überreichte Note und einen eventuell möglichen Ausweg zu verhandeln. In diesen Verhandlungen dürfte festzustellen werden, daß die deutsche Regierung zu ihrem Schritt gezwungen war, weil die deutsche Delegation keine Möglichkeit hatte, an den Verhandlungen der Entente-Mächte mit den Vertretern Sowjetrusslands teilzunehmen, insbesondere aber deshalb, weil die Basis der Verhandlungen das Londoner Memorandum bildete, das bekanntlich Deutschlands Haltung für die Reparationen an Russland festhielt und außerdem noch Deutschlands Ausschluss aus der russischen Industrie nachfolgte, so wie es durch den zaristischen Erlass vom Jahre 1917 verordnet wurde.

Russland keine englische Kolonie.

U. Genua, 19. April. (Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.) Tschitscherin erklärte einem englischen Journalisten, er habe nicht die Absicht, Lloyd George den mit Deutschland abgeschlossenen Vertrag vorzulegen, denn Russland sei keine englische Kolonie. Der Vertrag mit Deutschland sei ein Modell für die Konferenz von Genua. Tschitscherin wünschte mehrere solcher Verträge zu unterzeichnen, besonders mit den Vereinigten Staaten.

Poincarés Reise nach Genua und der Zwischenfall.

U. Genua, 19. April. (Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.) Wie ich von französischer Seite erfahre, hatte Poincaré die französische Delegation dahin verständigt, daß er in den nächsten Tagen nach Genua abreisen würde. Diese Nachricht wurde in französischen Kreisen mit großer Freude aufgenommen, da man sehr viel von der Anwesenheit Poincarés bei den Konferenzarbeiten erhoffte. Poincaré hatte sich zu dieser Reise entschlossen, als er von Barthou die Mitteilung erhielt, daß die Verhandlungen mit den Russen auf gutem Wege sind und daß ein Abbruch bald zu erwarten ist. Dann kam aber der Zwischenfall mit dem deutsch-russischen Vertrag. Poincaré hat seine Reise wieder einmal verschoben. Man spricht jetzt eher davon, daß, wenn die Erwartungen der Franzosen, betr. die Ausschließung der Deutschen von den weiteren Verhandlungen über die russische Frage, nicht erfüllt werden, es leicht geschehen kann, daß sie ihre wiederholte Drohung mit der Abreise verwirklichen.

Ein amerikanischer Finanzvertreter in Genua.

U. Genua, 19. April. (Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.) Wie ich von gut unterrichteter amerikanischer Quelle vernehme, hat die amerikanische Regierung den Bankier Morgan nach Genua entsandt. Er soll mit den Delegierten der anderen Regierungen Fühlung wegen der internationalen Anleihe nehmen. Morgan soll sich bereits auf dem Weg nach Genua befinden.

Tschitscherin und der Erzbischof von Genua beim Reichskanzler.

U. Genua, 19. April. (Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.) Gestern früh war Tschitscherin beim Reichskanzler Dr. Brüning eingeladen. Er blieb den ganzen Tag dort. Gestern nachmittag hat auch der Erzbischof von Genua dem Reichskanzler einen Besuch abgelegt. Eine Besprechung des Erzbischofs mit Tschitscherin hat dagegen nicht stattgefunden. Der Kirchenfürst hat auch diese Gelegenheit wieder benutzt, um dem Kanzler des Deutschen Reiches seine herzlichsten Wünsche für die Zukunft Deutschlands sowohl im allgemeinen wie für den Fortschritt seiner Sache auf der Konferenz von Genua zum Ausdruck zu bringen.

Der Vatikan und die Konferenz.

U. Genua, 19. April. (Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.) Von kompetenter Seite erfahre ich, daß man in vatikanischen Kreisen die Arbeiten der Konferenz von Genua mit der größten Aufmerksamkeit beobachtet. Was die russische Frage angeht, so kann der Heilige Stuhl aber erst dann Stellung nehmen, wenn die Konferenz einmal zu konkreten Resultaten gelangt ist. Die Sowjetregierung hat bisher in vatikanischen Kreisen zwar nicht besonders große Sympathie gefunden. Dies schließt aber nicht aus, daß das Arbeitssekretariat des Heiligen Stuhls die Notwendigkeit der Aufnahme normaler Beziehungen mit der Sowjetregierung anerkennt.

Die Abfassung der deutschen Antwortnote.

U. Genua, 19. April. (Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.) Die deutsche Delegation arbeitet angestrengt an der Antwortnote an die Alliierten. Gestern abend, während der Nacht und heute vormittag fanden mehrere Besprechungen zwischen Dr. Brüning und Dr. Rathenau einerseits und Tschitscherin und Soffe andererseits und nachher mit Tschitscherin und Litwinoff statt. Es verlautet, daß die Note der deutschen Delegation die Note der Alliierten unmittelbar bei den Formalitäten anzureichen wird. Man wird darauf hinweisen, daß die Siegerstaaten und die Kleine Entente nicht berechtigt wären, eine solche Note an die deutsche Delegation zu richten. Es ist wahr, daß auch der Präsident der Konferenz die Note mitunterzeichnet hat. Es ist wahrscheinlich, daß die Antwortnote so lautet wird, daß die deutsche Delegation ihre Bereitwilligkeit erklärt, die Affäre vor die Konferenz zu bringen, aber nicht in dem Sinne, daß die Konferenz das Vorgehen der deutschen Delegation zum Gegenstand einer allgemeinen Diskussion macht. Es kann darüber nicht diskutiert werden, ob die Deutschen berechtigt waren, überhaupt mit den Russen zu verhandeln und mit ihnen während der Konferenz einen Vertrag abzuschließen.

Die Dauer der Konferenz.

U. Genua, 19. April. (Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.) Der italienische Finanzminister erklärte, daß die Konferenz voraussichtlich bis Ende April dauert. Die Hauptbeschlüsse der Konferenz werden durch die Unterkommissionen dermaßen ausgearbeitet, daß es im Plenum nicht mehr zu sehr langen Diskussionen kommen wird. Lloyd George und Sir Robert Horne haben bereits erklärt, daß sie Ende des Monats nach England zurückzukehren beabsichtigen. Es ist also anzunehmen, daß bis zu dieser Zeit die Konferenz erledigt sein wird. Am 22. April wird der König von Italien erwartet.

Eine Entschließung des internationalen Gewerkschaftsbundes.

Br. Berlin, 19. April. (Eig. Drahtbericht.) Wie der „Vorwärts“ aus Genua meldet, ist die Laagna des internationalen Gewerkschaftsbundes gestern beendet und eine umfangreiche Entschließung angenommen worden, die zur Behebung der gegenwärtigen europäischen Wirtschaftskrise ein internationales Zusammenarbeiten aller Völker fordert und es für notwendig hält, daß Russland ohne Vorbehalt auf der Grundlage der Gleichberechtigung seine Stellung unter den europäischen Nationen wieder einnimmt. Die Entschließung fordert weiter die Annullierung aller Kriegsschulden und schlägt die Gewährung von Krediten auf Grund einer internationalen Anleihe vor, deren Ertrag unter der Kontrolle des Völkerbundes dazu verwendet werden solle, den verarmten Staaten die Mittel zur Wiederaufnahme der normalen industriellen und kommerziellen Tätigkeit zu verschaffen. Weiter wird das Verlangen auf Revision der Reparationsbestimmungen nachdrücklich erneuert. Die Entschließung verlangt schließlich eine internationale Kontrolle für die Verteilung der für Industrie und Landwirtschaft wichtigsten Rohstoffe. Eine unumgängliche Vorbedingung für den wirtschaftlichen Aufbau Europas sei die Abklärung.

Reichstagsabgeordneter Huß f.

Br. Eilen, 19. April. (Eig. Drahtbericht.) Der Reichstags- und Landtagsabgeordnete Otto Huß ist gestern abend im kaiserlichen Krankenhaus an einer Lungenentzündung gestorben.

Otto Huß wurde am 2. November 1868 in Hörde (Westfalen) als Sohn eines Hüttenarbeiters geboren. Nach dem Volksschulbesuch lernte er Schloffer und arbeitete als solcher in verschiedenen rheinisch-westfälischen Berg- und Hüttenwerken, u. a. bei der Firma Krupp in Eilen. Als Gewerkschaftsmitglied wurde er Mitglied eines evangelischen Jungmännerbundes. Später schloß er sich dem zu den freien Gewerkschaften gehörenden Metallarbeiterverband an und ging von da aus zum Verband der Berg- und Hüttenarbeiter über, dessen Verbandsorgan „Die Berg- und Hüttenarbeiterzeitung“ er 1894 bis 1895 redigierte. Seit Hußs Übertritt zum Bergarbeiterverband datiert seine ausschließliche Betätigung mit Bergarbeiterfragen. Im Reichstag war er seit immer der alleinige Wortführer der sozialdemokratischen Fraktion bei der Beratung sozialpolitischer Maßnahmen für Bergwerks- und Hüttenbetriebe. An dem internationalen Zusammenbruch der Bergarbeiter hat Huß großen Anteil: die internationalen Bergarbeiterkonferenzen, auf deren keinem er fehlte, überragen ihm auch meist die wichtigsten Referate. Erden vor der Revolution am 1. November 1918 trat er als Reichstagsabgeordneter in den Reichstag ein. Am 1. Dezember 1919 wurde er durch die Reichsverfassung die herabwürdliche Gewerkschafts-Reichstagsabgeordneter und die Bearbeitung dieser Fragen auf das Reichsarbeits- und Reichssozialministerium übertragen. Besondere Reichssozialpolitik und Reichssozialrat. Er lehrte in seine leitende Stellung im Bergarbeiterverband zurück und nahm außerdem eine wichtige Stellung im Vorstand des Reichssozialrats ein.

Gegen die Außenhandelsstellen.

Br. Hamburg, 19. April. (Eig. Drahtbericht.) Der unter dem Vorsitz des Norddeutschen Hanseatischen Handelsausschusses für Freiheit des Außenhandels erlassene Aufruf zur Bildung einer Einheitsfront der gesamten deutschen Kaufmannschaft gegen die Anhebung des Handels durch die Außenhandelsstellen. Wie wir hier aus von gut unterrichteter Seite erfahren, nimmt neben einer Reihe bekannter Weltbankfirmen Generaldirektor Cuno der Hamburg-Amerika-Linie lebhaftes Interesse an der Hamburger Bewegung zur Festhaltung der Außenhandelsstellen.

Preisprüfungs- und Bezirks- wirtschaftsstellen.

Die mit der Entwicklung der Marktwirtschaft während der Kriegszeit leider unvermeidlich verbundenen Erscheinungen, wie die Zurückhaltung von Gegenständen des täglichen Bedarfs zur Erzielung hoher Preise bei fortwährender Warenknappheit, das Bestreben, das große Risiko der Geschäfte durch einen entsprechend hohen Verdienst auszugleichen, ferner die Preistreiber durch Kettenhandel, ließen es angebracht erscheinen, Preisprüfungsstellen zu begründen. Diese Stellen sind als Organe gedacht, die die Preisbildung auf dem Markt, deren Ursachen und Berechtigung nachzuprüfen haben und sich durch ein eingehendes Studium der Marktlage Kenntnisse verschaffen sollen, die ihnen gestatten, die mit der Strafverfolgung von Wucher betrauten Behörden zu unterstützen.

Durch eine Verordnung vom Dezember 1915 wurden die sogenannten Preisprüfungsstellen ins Leben gerufen, aber leider in einer Form, daß sie verwaltungstechnisch schwer einzugliedern waren und auch nur den Charakter einer Übergangsmassnahme trugen. Von diesen Preisprüfungsstellen wurde einerseits zu viel erwartet, andererseits konnte ihnen nicht die Zuständigkeit erteilt werden, die von manchen Seiten erwartet wurde, so z. B. polizeiliche Befugnisse. So kam es denn, daß die örtlichen Preisprüfungsstellen im Grunde verfallen mußten, zumal der Begriff der unparteiischen Sachverständigen, auf deren Gutachten hin die Preisprüfungsstellen ihre Entschlüsse fassen, selbst beim besten Willen der Beteiligten eine große Unsicherheit in sich barg.

Es ist nicht zu verkennen, daß im Einzelhandel die Preisprüfungsstellen oder der einzelne Geschäftsführer in der Lage waren, die Strafverfolgungsbehörden durch Rat und Tat wirksam zu unterstützen. Immer aber war die Tätigkeit der Preisprüfungsstellen verurteilt, hinter dem Einzelhandel herzulassen, während die Preisentwicklung auf dem großen Markt durch ihre Tätigkeit nicht beeinflusst werden konnte. Es muß aber berücksichtigt werden, daß Organe der Gemeindebehörden — und solche waren die örtlichen Preisprüfungsstellen — nicht dazu geeignet sind, staatsanwaltschaftliche Arbeiten zu leisten oder den Staatsanwalt in seiner Tätigkeit zu unterstützen.

Mit der allmählichen Aufhebung der Zwangswirtschaft war die Preisentwicklung auf dem Markt noch schwieriger zu übersehen. Die Beeinflussung der Marktlage durch das Ausland, der Wertstand unserer Gelder, der internationale Handelsverkehr usw. machten die Entscheidung, ob im Einzelfall ein zu hoher Gewinnzuschlag, ob Kettenhandel oder eine Zurückhaltung der Waren zur Erzielung höherer Preise vorlag, noch schwieriger. Der Widerstand des Handels gegen das Fortbestehen der Preisprüfungsstellen, die lediglich als ein Rest der Kriegswirtschaft aufgefacht werden, lassen die Tätigkeit dieser Stellen allmählich in den Hintergrund treten, wenn auch von mancher Stelle vielleicht mit Recht die Ansicht vertreten wird, daß gerade jetzt eine Überwachung der Preisbildung notwendiger sei als früher.

Eine Aufhebung der Verordnung über Errichtung von Preisprüfungsstellen vom Jahre 1915 ist deswegen noch nicht erfolgt, weil je nach der örtlichen Lage manchen Preisprüfungsstellen ein gewissermaßen beruhigender Einfluß auf die Öffentlichkeit nicht abgesprochen werden kann. Die Preisprüfungsstellen, in denen sich Erzeuger, Händler, Verbraucher, also auch Vertreter der Arbeiter, betätigen können, werden doch immerhin als unparteiisch arbeitende Organe angesehen, die auch auf Grund ihrer Vorschriften dazu berufen sind, über die vielleicht unvermeidliche Preissteigerung die

Öffentlichkeit aufzuklären und den für das Wirtschaftsleben so schädlichen und unerquicklichen Gegensatz zwischen den am Handel beteiligten Kreisen zu mildern.

Anderes als die örtlichen Kreisstellen sind die sogenannten mittleren Preisprüfungsstellen zu beurteilen, die von den Ländern als Landesstellen, von den Regierungen und Provinzen als Bezirksstellen oder Provinzialstellen errichtet worden sind. Diese haben sich nicht mit dem Einzelhandel zu befassen, sondern sich einem wirtschaftlichen Studium derjenigen Dinge, die auf die Preisbildung im freien Verkehr einen Einfluß haben, zu widmen. Würde auch an eine Aufhebung der örtlichen Preisprüfungsstellen wegen mangelnder Existenzberechtigung schließlich herangekommen werden, so würde doch wahrscheinlich ein Fortbestehen der mittleren Preisprüfungsstellen zunächst noch ins Auge zu fassen sein.

Auch höheren Orts scheint in der richtigen Erkenntnis, daß man die einmal durch längere Tätigkeit erworbene Erfahrung für die Allgemeinheit nutzbar machen sollte, die Ansicht zu herrschen, daß diese Provinzial- und Bezirksstellen vorzüglich geeignet sind, einen Untergrund für die etwa zu schaffenden Bezirkswirtschaftsstellen zu bilden. Insbesondere ist dabei von Wichtigkeit, daß man in einigen Bezirken den feineren zeitlichen Anforderungen, Bezirks- oder Provinzpreisprüfungsstellen mit großen statistischen Ämtern zu verbinden, stattgegeben hat und so bereits vorhandene Ansätze bei den neu zu schaffenden Organen fruchtbar ausnützt. Bei einer Fortführung dieser Idee würden also auch die statistischen Ämter zu einer führenden Betätigung in den Bezirkswirtschaftsstellen berufen sein. Wenn man bedenkt, daß schließlich bei allen wirtschaftspolitischen Maßnahmen die Statistik schließlich die Grundlage zu bilden hat, so dürfte ihrer Bedeutung für eine glückliche Lösung des Aufbaus der Bezirkswirtschaftsstellen ernste Beachtung zu schenken sein.

Die Übergabe Oberschlesiens.

D. Genf, 19. April. (Eig. Drahtbericht.) Nachdem auch in den noch kritischen Minderheitsfragen auf der deutsch-polnischen Konferenz eine völlige Einigung erzielt wurde, wird in den nächsten Tagen der wesentliche Inhalt des deutsch-polnischen Vertrages veröffentlicht werden. Es bleiben nur noch die rechtlichen redaktionellen Arbeiten für den Vertrag zu erledigen. Der Ende dieses oder Anfangs des nächsten Monats zur Unterzeichnung fertig vorliegen dürfte. Dann geht der Vertrag an den deutschen Reichstag und an den polnischen Sejm zur Ratifizierung. Sobald die Verwaltung des polnisch werdenden Teiles Oberschlesiens durch die polnische Regierung übernommen ist, erfolgt die Übernahme der Gebietsverhältnisse durch die polnische und deutsche Behörden. Nachdem erledigt die Befugnisse der internationalen Kommission. Die Übernahme dürfte nicht vor Anfang Mai erfolgen.

Korjanty in Kattowitz.

Br. Berlin, 19. April. (Eig. Drahtbericht.) Einer Berliner Korrespondenz zufolge soll Korjanty plötzlich in Kattowitz eingetroffen sein. Er soll dort und in allen Städten Oberschlesiens im Auftrag der polnischen Regierung die für die Übernahme der polnischen Gebiete getroffenen Maßnahmen und eingeleiteten Behörden insulieren und außerdem Verträge fällen.

Belagerungszustand über Gleiwitz und Hindenburg. Br. Berlin, 19. April. (Eig. Drahtbericht.) Wie aus Gleiwitz gemeldet wird, wurde der Vorkämpfer der Ratifizierung, erschossen. Die internationalisierte Kommission hat über Gleiwitz und Hindenburg den Belagerungszustand verhängt.

Die Opiumkommission in Genf.

D. Genf, 19. April. (Eig. Drahtbericht.) Morgen beginnt hier die Tagung der Opiumkommission des Völkerbundes, an der zum ersten Male auf Einladung des Bundesbundes auch Deutschland und zwar durch den Oberkonsulnrat Dr. Anselmino vertreten sein wird. Die Kommission hat sich vor allem mit der Durchführung und der Erweiterung der Haager Opium-Konvention vom Jahre 1912 zu beschäftigen.

umgebogen: „der geliebten Freundin“ — geworden sei. Und die ärmliche Althe solle meinen, er hätte sie narkotisieren sollen — was unmöglich sei, wie jeder wisse, der einmal von Augenoperationen gehört habe — aber Althe behaupte ihre Ansicht, und man könne ihr ihren Starrsinn ja nicht einmal abnehmen — sie solle ja ganz entsetzt sein. — Und nun habe sie Ulrich ihr Haus verboten, und Sehnsucht und Schmerz verfierte ihn so sehr, daß er — Gott, sie, Linda, würde sie seine sinnlosen Jähzornsausbrüche und alle Unklarheiten seines Betragens gegen sie schweigend dulden, wenn sie nicht Angst hätte, es —

Lindas Rede erstreckte in Tränen, und nur etwas von „schlimmstes Ende nehmen“ und „spinnen“ kam undeutlich heraus.

Diesmal war Heimhofer wirklich und ehrlich erschrocken; so wenig er der Erzählerin aufs Wort traute, von dem Schlimmen, was einer sagte, glaubte er wie alle ja doch den größten Teil, Ulrichs Verdüsterung erschien ihm nun in neuem Lichte, und als er sie erst in dieses Licht gestellt hatte, war sie ihm nur zu begreiflich. Und — sein menschenfreundliches Herz in Ehren — für ihn wie für die meisten Menschen entbehrte ein äußerliches Schlimmes, dem der Freund entgegenstand, doch nicht eines pikanten Reizes.

Es war begreiflich, ja selbstverständlich, daß Heinrich Heimhofer keine neue Einsicht in das zerrüttete Gemütsleben des jetzt viel besprochenen Operateurs nicht lange für sich behielt.

Und so liefen bald Gerüchte in der Stadt herum, von denen jeder ein Stückchen wußte, und die sich in den Köpfen zu einem bunten und sinnlosen Kaleidostop zusammenfügten, wieder auseinander liefen und andere Zusammenfügungen bildeten.

Nur die Hauptpersonen hatten natürlich keine Ahnung von diesen Gerüchten; selbst Linda vergaß bald, welcher Art die Andeutungen gewesen waren, durch die sie sich bei ihrem Anbeter hatte interessiert und zugleich ein wenig an der Geringschätzung ihrer reizenden Person seitens Althe und ihres Gatten

Das Armenier-Attentat in Berlin.

W. T. B. Berlin, 18. April. Zur Ermordung Diemals kam es. Die beiden Armenier, die in der Nacht vom 17. auf den 18. April in der Straße zwischen der Friedrichstraße und der Potsdamer Straße ein Attentat auf den Reichspräsidenten verübten, wurden in der Nacht vom 17. auf den 18. April in der Straße zwischen der Friedrichstraße und der Potsdamer Straße erschossen. Die beiden Armenier, die in der Nacht vom 17. auf den 18. April in der Straße zwischen der Friedrichstraße und der Potsdamer Straße ein Attentat auf den Reichspräsidenten verübten, wurden in der Nacht vom 17. auf den 18. April in der Straße zwischen der Friedrichstraße und der Potsdamer Straße erschossen.

Br. Berlin, 19. April. (Eig. Drahtbericht.) Die Fahndung nach den Mördern der beiden Töchter wird von der Kriminalpolizei mit großem Eifer betrieben. Man hat aber bisher weder die Verhaftung der Täter noch die Identifizierung der Leichen. Beim Abklingen des Terrors gestern nachmittags wurde auch der zweite Revolver gefunden.

Br. Berlin, 19. April. (Eig. Drahtbericht.) Im Anschluß an den politischen Nord der zwei Töchter sind insgesamt sechs Armenier festgenommen worden, die sich noch in Polizeigewahrsam befinden und im Laufe des heutigen Vormittags vernommen werden sind.

Der 25. Abgeordnetentag des Werkmeister-Verbandes.

W. T. B. Erfurt, 18. April. Der 25. Abgeordnetentag des Deutschen Werkmeister-Verbandes nahm den vom Ausschuss für Sozialpolitik vorgelegten Änderungsvorschläge des sozialen Programms an, das sich in gewerkschaftliche Grundzüge und Forderungen gliedert. Die Verbandslokungen sollen einer Neuordnung auf Grund der Beschlässe an den vorliegenden Anträgen unterzogen werden. Der bisherige Verbandsvorsitzende, das Mitglied des Reichswirtschaftsrates Leonhardt, wurde wiedergewählt. Das Mitglied des Reichswirtschaftsrates Buchmann wurde zum zweiten als ehrenamtlichen Vorsitzenden gewählt. Die sozialpolitische Abteilung soll nach Berlin verlegt werden. Die bisherigen Unterführungsämter werden mehr als verdoppelt. Der Verbandsbeitrag wurde auf monatlich 30 Mark festgelegt. Die Debatte über den Willen erkennen, weiter die gewerkschaftlichen Ziele des Verbandes zu verfolgen, als Tagesordnung des nächsten Abgeordnetentages wurde Rotenburg ob der Tauber bestimmt. Der Abgeordnetentag wurde am Ostermontag mit einem Aufruf zu neuer tatkräftiger Arbeit für den Werkmeisterverband geschlossen.

Auch der Polizeipräsident von Braunschweig seines Amtes enthoben.

Br. Braunschweig, 19. April. (Eig. Drahtbericht.) Die seit dem 3. April andauernde und auch jetzt noch nicht abgeschlossene Tätigkeit des von braunschweigischen Landesausschüssen unter Leitung des Polizeipräsidenten von Braunschweig geleiteten Untersuchungsausschusses hatte bisher die Amtsenthebung des Kommandeurs der hiesigen Schutzpolizei, Majors Karthaus, und seiner weiteren Polizeioffiziere, der Hauptleute Stad und König, zur Folge. Die von Braunschweigern gemachten Nachrichten melden, hat nunmehr das Staatsministerium auch den obersten Chef der hiesigen Polizeidirektion, den Polizeipräsidenten Dauterbach, von seinem Amte enthoben. Die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen den Präsidenten ist angeordnet und sein Gehalt um 1/4 gekürzt. Dem seines Amtes enthobenen Polizeipräsidenten war heute morgen noch durch die Beamtenschaft das Vertrauen ausgedrückt worden.

Einleitung eines Strafverfahrens gegen den Verein „Das wachsende Ungarn“.

W. T. B. Budapest, 19. April. (Drahtbericht.) Der Minister des Innern Graf Károlyi erteilte dem Staatsanwalt die Ermächtigung zur Einleitung eines Strafverfahrens gegen den Verein „Das wachsende Ungarn“, der beschuldigt wird, den Minister in Blättern verleumdete zu haben.

Die Antwort der Alliierten an die Regierung von Angola.

Br. Berlin, 19. April. (Eig. Drahtbericht.) Wie die „D. Allg. Ztg.“ aus London erfährt, teilen die Alliierten in ihrer Antwort an die Regierung in Angola in verbindlichem Tone mit, daß sie die Forderung zur sofortigen Räumung des durch Griechenland besetzten Anatoliens als Vorbedingung für weitere Verhandlungen ablehnen würden. Um jedoch der Regierung von Angola entgegenzukommen, hätten die Alliierten beschlossen, die Räumung Anatoliens bereit zu beschleunigen, daß sie jedoch nachher an bloß die Friedensbedingungen nach sich ziehen sollten, unter Vorbehalt einer späteren Revision einzelner Punkte.

hatte rächen wollen. Eine tiefere und folgenreichere Absicht lag ja letzten ihrem Tun zugrunde, und sie mußte eine Lüge immer wieder vorbringen, um sie nicht über einer neuen zu vergessen.

In dieses Gewirr von Gerüchten kam Jupp Reuß bei seiner Rückkehr hinein.

Es umschwirte ihn, als den nächsten Freund des Geheimrats, vorerst nur als unbestimmtes Gewirr von halben Andeutungen und Fragen, in denen er sich nicht zurechtfinden konnte, und die er meistens in seiner leichtfertigen Art von sich abwehrte. Das eine, das er seit Tegernsee gefürchtet hatte, fand er allerdings in vollem Umfange bestätigt: der Gemütszustand des Geheimrats war düsterer denn je.

Am befremdlichsten war für Jupp die Veränderung, die im Benehmen des Geheimrats in der Klinik eingetreten war. War Nicolovius auch stets ernst gewesen, so lag doch in seinem Wesen eine ganz besondere und wohlthuende Milde, sobald er mit einem Kranken zu tun hatte.

Diese Milde, die in Stärke wurzelte, in Verbindung mit seiner absoluten Sicherheit und Überlegenheit, war es gewesen, die die Herzen seiner Patienten in ein Vertrauen zu ihm gezogen hatte, das dem des Gläubigen zu seinem Schutzherrn ähnelte. Und auch seine Art den Pflegerinnen gegenüber, obwohl kurz und absolut, war immer die eines gütigen Herrschers gewesen.

Sein dunkles Gesicht hatte sich immer aufgehellt, schon wenn er in die Klinik eingetreten war, und wenn ein schwieriger Fall sich der Besserung zuneigte, hatte es in einer Schönheit geblüht wie das Antlitz des Mondes, wenn er aus dunkeln Wolken in seinem milden Glanz hervortritt.

Nun blieb dies Antlitz dunkel auch hier; es lag immer eine schwere Wolfe auf ihm, und wenn sie sich einmal flüchtig teilte und ein Leidender das ernste Gesicht des Arztes in seiner ursprünglichen Güte sah, war es nur ein Augenblick, der die Finsternis, die sich gleich wieder darüber breitete, doppelt fühlbar machte.

(34. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Saul und David.

Roman von Adelheid Weber.

Und hinter dem Taschentuch kam ein durch Tränen lachendes Kindergezicht zum Vorschein, und ein Kinderstimmchen rief alle diese neuen Bekanntschaften hervor, so daß dem dicken Anbeter vor lauter Bewunderung der Schweiß glänzend auf der heißen Stirn stand und er das breite Kinderhändchen immer feuriger kitzelte. Nicht etwa, daß er das Komödientenspiel Lindas für pure Wahrheit nahm — dazu war er doch zu sehr Kunsthandwerker — aber er fand es ebenso reizend, wie Ulrich es abstoßend fand, und der Gedanke, den er in der letzten Zeit öfter gehabt hatte, machte ihm heil:

Welch eine Affektion für Geschäft, Haus und Herz wäre doch diese reizende Zureiterin — wie würde die — doch so nebenbei in der Gesellschaft — meine reichen Amerikaner reinspielen und dabei noch nicht einmal sich klar machen, daß sie flunkerte! Und der eigene Glaube an das, was man sagt, steht ja unwiderstehlicher an als alle sonstigen Lügenkünste!

Aber nun wurde Lindas Stimme dumpfer und leiser, und nur abgebrochen kamen halbe Worte: Das alles sei ja schon lange schwer erträglich gewesen — und Gott weiß, was sie ertragen hätte, seit die — Freundschaft — ihres Gatten und der stolzen Frau immer enger geworden sei; aber sie — Linda — hätte immer geschwiegen und geduldet, — die Frauen wären ja zum Dulden da! Aber in der letzten Zeit wären Umstände dazu getreten, die die Sachlage ins Unerträgliche gesteigert hätten. Seit ihrem Manne die Operation an seiner — seiner Freundin — mißglückt sei — ganz allein durch Frau Althe's Schuld — sie habe nach Ulrichs Hand gegriffen, als er den verhängnisvollen Schnitt getan habe — aber Ulrich könne es nicht verwinden, daß er die unschuldige Ursache der Erblindung der Geliebten — das Wort entkiffelte nur Lindas Lippen und wurde sofort erschrocken

Handelsteil.

Berliner Devisenkurse.

W.T.A. Berlin, 19. April. Drahtliche Auswertungen für

	18. April 1922	19. April 1922
	Geld	Brief
Holland	11011.20	11111.00
Buenos-Aires	104.10	103.85
Belgien	2516.85	2486.85
Norwegen	5443.15	5552.—
Dänemark	6187.25	6182.25
Schweden	7590.50	7540.55
Finnland	545.30	544.30
Italien	1596.—	1583.—
London	1290.35	1285.85
New-York	291.63	291.13
Paris	2726.55	2701.60
Schweiz	5692.35	5662.50
Spanien	4544.30	—
Wien (Deutsch-Ost.)	3.75	3.38
Prag	590.35	585.25
Budapest	36.95	36.45
Sofia	204.70	206.20
Japan	138.30	—
Rio de Janeiro	3992.50	—

Industrie und Handel.

* Neue Stickstoffpreise. Die Erhöhung der Kali- und Stickstoffpreise hat eine Neufestsetzung dieser Preise in den Superphosphatmischungen notwendig gemacht. Mit Zustimmung der Landwirtschaft und nach Nachprüfung durch die volkswirtschaftliche Abteilung des Reichswirtschaftsministeriums sind mit Wirkung vom 4. April 1922 an die Stickstoffpreise auf 47 M. und der Zuschlag zu den Kalipreisen auf 4.05 M. festgesetzt worden. Die Lieferungsbedingungen entsprechen denen bei Superphosphat.

wd. Verlegung der oberschlesischen Eisenindustrie? Nach einer Drahtung der „Tägl. Rundsch.“ aus Breslau beschäftigen sich die zuständigen Stellen der oberschlesischen Eisenindustrie infolge der ungünstigen Aussichten, die sich für diese Industrie in den an Polen fallenden Teilen Oberschlesiens eröffnen, seit langem mit der Frage der Verlegung oberschlesischer Hüttenwerke nach Mittel- und Niederschlesien. Selbstverständlich wäre die Ausführung der Verlegung mit ungeheuren Kosten verknüpft, die aber

dadurch aufgewogen werden, daß dadurch eine deutsche Eisenindustrie aufrecht erhalten wird, die den Osten des Reiches nach wie vor ausreichend versorgen kann. Ins Auge gefaßt hat man in erster Linie für die Ansiedlung der Großindustrie das Gelände zwischen Breslau und Malsch a. d. Oder, und zwar aus der Erwägung heraus, daß durch das Näherücken der Industrie an die Oder nicht nur der Vorteil der Verringerung der Erzfrachten sich stark geltend machen würde, sondern daß man andererseits auch die mit Erz beladenen anlaufenden Kähne für die Rückfracht mit Koks, Fertigerzeugnissen usw. beladen könnte.

* 50 Millionen Mark Reingewinn bei 60 Millionen Mark Aktienkapital. Die Ver. Glanzstoff-Fabriken, A.-G., Elberfeld, haben von jeher glänzende Ergebnisse erzielt. Der diesjährige Geschäftsbericht aber übertrifft alles. Er besagt u. a.: Durch billige Preispolitik habe die Gesellschaft die deutschen Verarbeiter in den Stand gesetzt, erfolgreich den Wettbewerb auf dem Weltmarkt zu bestehen. Die Kapitalerhöhung um 30 auf 60 Mill. M. Stammaktien ist durchgeführt. Auf Fabrikationskonto wurden 71.57 (81.47) Mill. Mark erzielt. Nach Deckung der Unkosten und 7.66 (1.53) Mill. M. Abschreibungen (i. V. wurden außerdem 30 Mill. Mark für Werkerneuerung zurückgestellt) wird ein Reingewinn von 50.04 (42.97) Mill. M. ausgewiesen, aus dem 30 Proz. (20 Proz.) Dividende auf die Stamm- und wieder 6 Proz. auf die Vorzugsaktien vorgeschlagen werden. Nach 12.25 (12.00) Mill. M. Rückstellungen werden 15.93 Mill. M. vorgetragen. Der vorjährige Vortrag von 23.81 Mill. M. wurde bekanntlich zwecks 75proz. Einzahlung auf 20 Mill. Mark neue Aktien auf 4.72 Mill. M. herabgesetzt. Die Bilanz verzeichnet 32.34 (42.87) Mill. M. Kreditoren, denen 83.05 (90.75) Mill. M. Debitoren, ungerechnet 13.74 (11.27) Mill. Mark Bankguthaben, gegenüberstehen. Das Wechselkonto hat sich von 24.97 auf 3.89 Mill. M. verringert, dagegen werden Effekten erhöht mit 23.21 (10.42) Mill. M. ausgewiesen. Infolge Erweiterung der Interessenverbindungen im In- und Ausland haben sich die dauernden Beteiligungen von 12.03 auf 63.40 Mill. M. bedeutend vermehrt. An Vorräten waren 11.08 (7.48) Mill. M. vorhanden.

* Aus der Anilingroup. Die Farbenfabriken vorm. Friedr. Bayer u. Co. in Leverkusen beantragen die Erhöhung der Dividende von 20 auf 30 Proz. für ein Kapital von 490 (180) Mill. M. gewinnberechtigter Aktien. — Bei

den Badischen Anilin- und Sodafabriken und bei den Höchster Farbwerken steht dem bisherigen Brauch entsprechend die gleiche Dividendenerhöhung bevor. — Die A.-G. für Anilinfabrikation in Berlin-Treptow verteilt 30 Proz. (i. V. 20 Proz.). — Die Chemische Fabrik Griesheim-Elektron, die im Vorjahr 16 Proz. verteilte, wird eine entsprechende Erhöhung eintreten lassen.

* Kammerich-Werke, A.-G. in Berlin. Der Aufsichtsrat beschloß eine Dividende von 30 Proz. vorzuschlagen.

Saarwuth's

erzielt man durch spezifische Ernährung des Haares mit dem von dem berühmten Gelehrten Geh. Rat Prof. Dr. A. Junz gefundenen Haarnährmittel

Sumagolan

was weit über zweihundert medizinische Forscher und Ärzte bestätigen. Preis M. 42.— für die Originalpackung, ausreichend für den Bedarf eines Monats. Zu haben in allen Apotheken, Drogerien und einschlägigen Geschäften.

Die Morgen-Ausgabe umfasst 8 Seiten.

Hauptgeschäftsführer: H. Zetisch.

Verantwortlich für den politischen Teil: H. Zetisch; für den Unterhaltungsteil: H. Zetisch; für den lokalen und provinziellen Teil, sowie Geschäfts- und Handels-Teil: H. Zetisch; für die Anzeigen und Reklamen: H. Zetisch, sämtlich in Wiesbaden.

Druck u. Verlag der B. Schellensberg'schen Hofbuchdruckerei in Wiesbaden

Sprechstunde der Schriftleitung 12 bis 1 Uhr.

Ratskeller-Restaurant

Am Schloßplatz. Tel. 6313 — 1111. Am Schloßplatz.

Spezial-Gericht täglich von 12 u. 6 Uhr ab:

Frische Gänsebrust, Meerrettichsauce u. Bouillonkartoffeln.

Großer Mittagstisch

von 12 Uhr ab.

Reichhaltige Abendkarte.

Drei große Büfets.

Ratskeller-Restaurant.

500 Mk. Belohnung demjenigen, der mir nachweist, wer am 2. Osterfeiertag, abends

1/2 12 Uhr, die orange-gelbe seid. Tischlampe gestohlen hat.

Friedrich Hein, Pächter des Ratskellers.

Haus- u. Grundbesitzer-Berein. E. B.

Wir laden unsere Mitglieder zu einer Versammlung auf Samstag, den 22. April, abends 8 Uhr, in den großen Saal des Rath. Gesellschafts ein.

Tagesordnung:

1. Reichsmietengesetz u. Ausführungsbestimmungen. Referent: Syndikus Raabe, Frankfurt a. M.
2. Preussische Wohnungsbau-Abgabe; Aussprache. Die Mitglieder werden ersucht die bez. Anforderungen mitzubringen.

Der Vorstand.

Zur Deckung der Kosten wird am Eingang ein Beitrag von 1 Mk. erhoben. F283

Achtung Gemüsehändler!

Die Gemüse-Auktion in Schierstein a. Rh., findet für den Monat April

Montags und Donnerstags nachmittags 3 Uhr, statt.

Nächster Verkauf Donnerstag, den 20. April, nachmittags 3 Uhr.

Verkaufsvereinigung für Obst u. Gemüse E. G. m. H.



Klubsessel

in echt. Rindleder, Gobelin u. Cord.

Lieferung direkt ab

Spezialfabrik feiner Sitzmöbel

Berg & Co., Bismarckring 19.

Ab 18. April 1922 halte Sprechstunde 11—1

Wilhelmstraße 58¹

Dr. med. Böhles

Wohnung: Kaiser-Friedr.-Ring 24.

Telephon 4684.

Haut-, Blasen-, Frauenleiden

ohne Quecksilber, ohne Einspritzung, Blut-

Urin-Untersuchungen

Aufklar. Broschüre No. 5a gegen Einsend.

von Mk. 5.— diskret verschl.

Spoz.-Arzt Dr. med. Holländer's Ambulatorium

Frankfurt a. M., Bethmannstraße 66, gegen-

über Frankfurter Hof. Tel. „Hansa“ 6953.

Täglich 11—1, 5—7 Uhr. Sonntags 10—10 Uhr.

Syphilis-

Behandlung nach den

neuest. wissenschaftl.

Methoden

ohne Herabsetzung

von Mk. 5.— diskret verschl.

Spoz.-Arzt Dr. med. Holländer's Ambulatorium

Frankfurt a. M., Bethmannstraße 66, gegen-

über Frankfurter Hof. Tel. „Hansa“ 6953.

Täglich 11—1, 5—7 Uhr. Sonntags 10—10 Uhr.

Offenbacher Lederwaren

Lassen Sie sich

durch Ankündigungen „Verkauf zu Fabrikpreisen“ nicht irreführen!

Meine günstigen Einkäufe und mein großes Lager gestatten mir, gegenwärtig

weit unter Fabrikpreisen zu verkaufen!

Alles echt Leder!

Geldscheintaschen	50.—, 45.—, 40.—, 30.—
Brieftaschen	90.—, 80.—
Besuchtaschen	120.—, 90.—
Aktenmappen	380.—, 240.—, 225.—

OFFENBACHER LEDERWAREN-VERTRIEB

FRITZ DONSAFT

NEROSTR. 8.

Seitenbau.

Keine Personalspesen!



Telephon-Anlagen

für

Haus- u. Post-anschluss. 228

Hinnenberg

Langgasse 15

Tel. 6595/96. Tel. 6595/96.

Reklame-Büro

Mittelstr. 4, Fernruf 273.

Statt Karten.

Hermann Levi

Else Levi, geb. Guckenheimer

Vermählte.

Wiesbaden.

Groß-Gerau.

Trauung: Sonntag, 23. April, 1 1/2 Uhr

Mainz, Restaurant Ratskeller.

Statt besonderer Anzeige.

Dienstag nachmittags 7 1/2 Uhr verschied plötzlich und unerwartet nach nur eintätigem, schwerem Leiden mein lieber, guter Mann, unser treusorgender Vater, Bruder, Schwager, Schwiegervater, Großvater und Onkel

Herr Franz Kitzinger

im Alter von 63 Jahren.

Im Namen aller trauernden Hinterbliebenen:

Margarete Kitzinger, geb. Braun.

Wiesbaden (Dotzheimer Straße 26), den 18. April 1922.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 21. April, nachmittags 2 1/2 Uhr, auf dem Südfriedhofe statt.

